



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

15. Sitzung (öffentlich)

10. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender)
Bernhard Tenhumberg (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
Nach TOP 1 werden zwei Aktuelle Viertelstunden aufgerufen. Die Nummerierung der nachfolgenden Punkte ändert sich entsprechend.	
Die abschließende Beratung und Abstimmung zum TOP „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuchs“ wird verschoben.	
1 Die Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung	1
Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Angelika Gemkow, der neuen Landesbehindertenbeauftragten.	

- 2 Aktuelle Viertelstunde** 10
- Thema: „Geplanter Umbau der Versorgungsverwaltung“
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) und PStS Manfred Palmen (IM) tragen vor und beantworten Fragen aus dem Ausschuss.
- Das Thema soll noch einmal aufgegriffen werden.
- 3 Aktuelle Viertelstunde** 22
- Thema: „Streiks an den Universitätskliniken in NRW“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Dem Bericht von LMR Bernd Pieper (FM) folgt eine kontroverse Diskussion.
- 4 Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuchs** 28
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1072
- Der Ausschuss will interfraktionelle Gespräche zu diesem Gesetzentwurf führen.
- 5 Gesetz zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflegehilfe (AltPflG - NRW)** 30
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1536 - Neudruck
Vorlage14/476
- Am 24. Mai 2006 will der Ausschuss hierzu ein Gespräch mit Sachverständigen führen.
- 6 Verstärktes Auftreten von Masernerkrankungen in NRW** 31
- MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) erstattet Bericht.

7 Stand der Kombilohn-Entwicklung - Vorschläge aus Nordrhein-Westfalen 33

Vorlage 14/457

Das MAGS wird gebeten, dem Ausschuss einen Gesamtüberblick über die Kombilohnmodelle der Bundesländer zur Verfügung stellen und ihn über die für ein dauerhaftes Modell notwendigen Veränderungen im Optimierungsgesetz zu informieren.

8 Gesundheitsgefährdung für Patientinnen und Patienten nicht länger hinnehmen! - EU-Richtlinie zur Bereitschaftszeit von Ärztinnen und Ärzten zügig umsetzen 38

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/887
Vorlage 14/437

Zu diesem Thema wurde zwischenzeitlich ein Antrag aller vier Fraktionen vorgelegt (*siehe Anlage*).

ligung der Gemeinden beschließen können sollten. Diskutieren müsse man auch über die Frage der Steuerung des kommunalen Anteils mit dem Ziel einer einheitlichen Arbeitsmarktpolitik in NRW.

In der großen Koalition in Berlin gebe es auf absehbare Zeit keine politischen Mehrheiten für eine Änderung der Arbeitsmarktpolitik für Hartz-IV-Empfänger. Sei das SGB-II-Optimierungsgesetz auf Bundesebene verabschiedet, müsse man seinen Frieden damit schließen und mit dem Rechtskonstrukt Arge das Bestmögliche für die betroffenen Menschen machen. Dabei könnten die unterschiedlichen politischen Auffassungen in dieser Frage durchaus bestehen bleiben.

Von besonderer Bedeutung werde künftig die Be- und Entlastung der Kommunen sein. Andere politische Mehrheiten in Bund und Land hätten sich seinerzeit im Vermittlungsausschuss auf einen Verteilungsschlüssel geeinigt, der Nordrhein-Westfalen objektiv schwer benachteilige. Von den 2,5 Milliarden €, mit denen der Bund die Kommunen entlaste, erhalte Nordrhein-Westfalen lediglich 140 Millionen €, obwohl ihm aufgrund seiner Größe etwa 400 Millionen € zustünden. Niedersachsen, Hessen, Bremen bekämen jeweils mehr als Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile sei die Stimmung in vielen nordrhein-westfälischen Kommunen sehr gedrückt, da sie durch Hartz IV so belastet würden, dass sie ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen könnten.

Vorsitzender Günter Garbrecht verzichtet mit Blick auf die zu treffende Verfahrensabsprache auf eine Entgegnung und regt an, dass der Minister dem Ausschuss die soeben angesprochene Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei der Verteilung der 2,5 Milliarden € in der Sitzung am 24. Mai 2006 noch einmal darlegt.

Rainer Bischoff (SPD) äußert sich zustimmend und begrüßt namens seiner Fraktion das Angebot von Herr Post, interfraktionelle Gespräche zu diesem Thema zu führen.

5 Gesetz zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflegehilfe (AltPflG - NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1536 - Neudruck
Vorlage14/476
- Verfahrensabsprache

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, die erste Lesung zu diesem Gesetzentwurf habe im Plenum am 5. April 2006 stattgefunden. Die Beratung obliege allein dem AGS-Ausschuss. Der Minister habe den Ausschuss mit Schreiben vom 2. Mai über einen Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Altenpflegehilfeausbildung unterrichtet (*siehe auch Vorlage 14/476*). Nun werde das weitere Verfahren abgesprochen. Nach interfraktionellen Gesprächen und Abstimmungen der Fraktionen von SPD, CDU und FDP solle auch dieser Tagesordnungspunkt am 24. Mai behandelt werden.

Weiteres lasse sich in einem Obleutegespräch am Rande des nächsten Plenums klären, sodass auch die Grünen in die Überlegungen miteinbezogen werden könnten.

Barbara Steffens (GRÜNE) geht im Zusammenhang mit der Föderalismusreform und der Dezentralisierung des Heimrechts von umfassenden Auswirkungen dieses Gesetzes zum Beispiel auf die Fachkräftequote aus und schlägt vor, hierzu eine Anhörung durchzuführen.

Das nehme man zur Kenntnis, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**.

Rainer Bischoff (SPD) betont, es gebe keine Geheimnisse, und erklärt, die SPD-Fraktion stimme dem vom Ministerium vorgeschlagenen relativ schnellen Verfahren zu, einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen zu formulieren, in dem erklärt werde, dass die Fraktionen gemeinsam in absehbarer Zeit über eine Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung - Stichworte: Modulausbildung, Krankenpflegeausbildung und ihre Berührungspunkte - beraten würden. Dieser Entschließungsantrag werde sicher bald vorliegen. Unter dieser Voraussetzung sei man dem Verfahrensvorschlag von Herrn Garbrecht einverstanden.

Norbert Post (CDU) argumentiert, eine Anhörung sei mit Blick auf den Beginn der Altenpflegeausbildung nach den großen Ferien aus Zeitgründen nicht mehr möglich. Wenn es gelinge, sich am 24. Mai auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu einigen, könnte dieser noch vor der Sommerpause im Plenum beschlossen werden. Werde in diesem Punkt nicht kurzfristig Einigkeit erzielt und auch nicht mit Mehrheit beschlossen, bleibe ohnehin Zeit zur Durchführung einer Anhörung. Davon jedoch werde ein ganzer Jahrgang von Auszubildenden betroffen sein.

Barbara Steffens (GRÜNE) macht deutlich, ihre Fraktion wolle mit der Anhörung keine Ausbildungsplätze für junge Leute verhindern und nichts blockieren, sondern nehme lediglich das parlamentarische Recht wahr, den Bedarf für eine Anhörung zu formulieren. Die Landesregierung hätte ihren Gesetzentwurf auch früher vorlegen können.

Vorsitzender Günter Garbrecht geht davon aus, dass man die noch offenen Fragen am Rande des Plenums in einem Obleutegespräch werde klären können. Da alle Verbände einbezogen seien und zum Teil auch bereits zum Gesetzentwurf Stellung genommen hätten, sei ein Expertengespräch für den 24. Mai 2006 sicher organisierbar und somit das rechtzeitige In-Kraft-Treten des Gesetzes möglich.

6 Verstärktes Auftreten von Masernerkrankungen in NRW

Vorsitzender Günter Garbrecht schlägt vor, den schriftlich vorliegenden Bericht des Ministeriums als Anlage zu Protokoll zu geben. Auch auf der Website des Ministeriums seien Informationen zu diesem Thema abrufbar.